

Einkommen, Sparen und Investitionen in den neunziger Jahren: Ergebnisse des neuen ESVG '95

Für die empirische Wirtschaftsforschung bildet die systematische und periodische Darstellung des gesamtwirtschaftlichen Güter- und Einkommenskreislaufs im Rahmen des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) eine unverzichtbare Grundlage. Mit der Umstellung der Rechenwerke auf die für alle EU-Mitgliedsländer verbindlichen Regeln des neuen ESVG '95 soll vor allem die Vergleichbarkeit gesamtwirtschaftlicher Daten innerhalb der EU verbessert werden. Die damit verbundenen konzeptionellen und terminologischen Änderungen gaben zusammen mit einer erweiterten Datenbasis Anlaß für eine der umfassendsten Revisionen der deutschen VGR.¹⁾ Gleiches gilt für die Finanzierungs- und Vermögensrechnung der Deutschen Bundesbank, die als integraler Bestandteil der gesamtwirtschaftlichen Strom- und Bestandsstatistik den „traditionellen Kern“ der VGR ergänzt. Hierfür ist der erstmalige Liefertermin auf September 2000 festgelegt. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über wichtige Entwicklungstendenzen der deutschen Volkswirtschaft im Spiegel der neuen Methodik und Systematik sowie des revidierten Zahlenbildes in Teilen der Primärstatistik für den Zeitraum der neunziger Jahre, auf die sich bislang die Neuberechnung der VGR begrenzt.

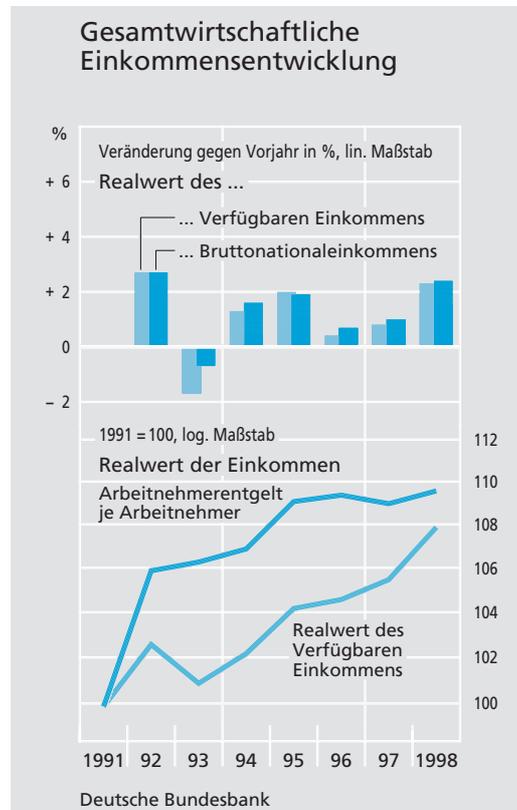
1 Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Februar 1999, S. 58 sowie Mai 1999, S. 36.

Gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen haben in erster Linie die Aufgabe, den arbeitsteiligen und komplexen Wirtschaftsablauf in seinen Grundzusammenhängen überschaubar darzustellen und damit für die Analyse nutzbar zu machen. Die Finanzierungsrechnung vervollständigt dieses Bild um die Finanztransaktionen, die entweder in Verbindung mit den Güter- und Einkommensströmen oder unabhängig davon – das heißt also ausschließlich in der Finanzsphäre – ablaufen. Im Mittelpunkt der neuen VGR steht auch weiterhin die Ermittlung der in der Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitabschnitt produzierten Güter und Dienstleistungen sowie der im Zusammenhang damit entstandenen Einkommen. Hinzu kommen die Darstellung der Einkommensverteilung und -umverteilung sowie der Verwendung der Faktor- und Transfereinkommen auf den weiteren Stufen des Wirtschaftsablaufs.

*Bruttonational-
einkommen*

Die Summe der von allen Inländern erwirtschafteten Einkommen, in der Terminologie des ESVG '95 als Bruttonationaleinkommen bezeichnet,²⁾ ist von 1991 bis 1998 insgesamt um 27% oder 3,5% pro Jahr gestiegen. In dieser Einkommensgröße, die zuletzt einen Umfang von rund 3 750 Mrd DM erreichte, sind allerdings noch jene Komponenten enthalten, durch die dem produktionsbedingten Verschleiß und dem wirtschaftlichen Veralten der Produktionsanlagen Rechnung getragen werden soll. Gemäß dem Substanzerhaltungsprinzip werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hierfür Abschrei-



bungen zu Wiederbeschaffungspreisen angesetzt. Das Nettonationaleinkommen (früher: Nettosozialprodukt zu Marktpreisen), das die gesamtwirtschaftlichen Primäreinkommen reflektiert und dem nach der Neukonzeption der VGR eine zentrale Bedeutung zukommt, belief sich 1998 auf 3 190 Mrd; es war damit 25,5% höher als sieben Jahre zuvor, verglichen mit 28,4% nach der alten Rechnung.

Unter Verteilungsaspekten sind in einer offenen Volkswirtschaft freilich auch die per saldo an das Ausland geleisteten laufenden Transfers zu berücksichtigen, die vor allem Zahlungen an den EU-Haushalt enthalten. Insgesamt

*Verfügbares
Einkommen*

² Von der herkömmlichen Bezeichnung „Bruttosozialprodukt“ ergeben sich Abweichungen lediglich durch die Einbeziehung der empfangenen Subventionen aus der übrigen Welt abzüglich der an die übrige Welt geleisteten Produktions- und Importabgaben.

ist das so ermittelte Verfügbare Einkommen der inländischen Sektoren von 1991 bis 1998 um knapp 3,5 % pro Jahr gestiegen. In ihrer Grunddynamik unterscheiden sich die verschiedenen gesamtwirtschaftlichen Einkommenskennziffern damit nur relativ wenig, wohl aber bestehen in einzelnen Jahren und hinsichtlich des absoluten Niveaus erhebliche Differenzen.

Auch nach dem neuen Zahlenbild haben die Beschäftigungseinbußen der neunziger Jahre die Einkommensexpansion in dieser Zeit in beträchtlichem Umfang gebremst. Während im Gefolge der deutschen Vereinigung anfänglich vor allem die Anpassung der ostdeutschen Wirtschaft an markteffiziente Produktions- und Organisationsstrukturen ihre Spuren hinterließ, kam es danach – nicht zuletzt bedingt durch die zu rasche Anpassung der ostdeutschen Löhne an das westdeutsche Verdienstniveau – zu negativen Beschäftigungseffekten. Schließlich blieb auch die generell weiter fortschreitende Substitution des Faktors Arbeit durch den Faktor Kapital nicht ohne Rückwirkungen auf das Einkommenswachstum. Im Ergebnis waren damit erheblich weniger Personen als zuvor am Wertschöpfungsprozeß beteiligt. Auf die Zahl der Erwerbstätigen bezogen hat das Verfügbare Einkommen von 1991 bis 1998 mit durchschnittlich 4,1 % knapp dreiviertel Prozentpunkte pro Jahr rascher als das entsprechende gesamtwirtschaftliche Aggregat zugenommen. Angesichts der anhaltenden Tendenz zur Teilzeitbeschäftigung fällt die in Vollzeitäquivalenten umgerechnete Kennziffer noch etwas höher aus.

Die Entwicklung der Nominaleinkommen ist freilich nur bedingt als „Performance-“ und Wohlstandsindikator geeignet, zumal die im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung aufgetretenen Teuerungsimpulse beträchtlich waren und die Rückgewinnung der Preisniveaustabilität einige Zeit beanspruchte. Aussagekräftiger ist daher der Realwert des Verfügbaren Einkommens, bei dessen Ermittlung – grob gesprochen – die Verteuerung der inländischen Wertschöpfung sowie die Veränderung der realen Austauschrelation mit dem Ausland (Terms of Trade) berücksichtigt werden.³⁾ In den vergangenen sieben Jahren ist dieser Indikator insgesamt um 8 % oder lediglich gut 1 % pro Jahr gestiegen. Er hat damit nur noch halb so stark wie in den achtziger Jahren zugenommen, bei im übrigen deutlichen Unterschieden in einzelnen Perioden. Hatte das Jahr 1992 noch im Zeichen des auslaufenden vereinigungsinduzierten Wachstums- und Einkommensschubs gestanden, so schlugen 1993 rezessionsbedingte Einkommensausfälle zu Buche. Die im Verlauf des Jahres 1995 durch das Zusammentreffen von höheren Lohnabschlüssen mit einer kräftigen Aufwertung der D-Mark einsetzende Stockungsphase ließ auch den Realwert des Verfügbaren Einkommens im darauffolgenden Jahr um nicht einmal 0,5 % steigen. Für 1999 zeichnet sich gleichermaßen eine nur schwache Expansion ab.

Den Berechnungen zum Realwert des Verfügbaren Einkommens, die nach dem Übergang

*Realwert des
Verfügbaren
Einkommens*

*Realer
Verteilungs-
spielraum*

³ Die von der übrigen Welt empfangenen bzw. die an die übrige Welt geleisteten laufenden Transfers werden jeweils mit dem Preisindex für die letzte inländische Verwendung deflationiert.

zum ESVG '95 fester Bestandteil auch des unterjährigen Veröffentlichungsprogramms des Statistischen Bundesamtes sind, kommt analytisch insofern besondere Bedeutung zu, als sich mit ihrer Hilfe ein rasch verfügbarer gesamtwirtschaftlicher Orientierungsrahmen für eine beschäftigungsneutrale Grundlinie der Tarifpolitik abstecken läßt.⁴⁾ Wie bereits erwähnt, hat sich der reale Verteilungsspielraum – gemessen am Realwert des Verfügbaren Einkommens – seit 1991 lediglich um 8 % vergrößert, während das – nach Deflationierung mit dem Preisindex für die Konsumauswendungen der Privaten Haushalte ermittelte – Realeinkommen je Arbeitnehmer gleichzeitig um 9,7 % und damit tendenziell stärker gestiegen ist. Diese Abweichung resultiert im wesentlichen aus den überhöhten Lohnabschlüssen zu Beginn der neunziger Jahre. Demgegenüber haben die Jahre 1997 und 1998 moderate Lohnabschlüsse gebracht, die allerdings 1999 erneut in Frage gestellt worden sind. Um lohnpolitisch Raum für eine kräftige Belebung von Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, ist allerdings – dies belegen westdeutsche Erfahrungen in den achtziger Jahren sowie Beispiele in anderen Ländern – kein einmaliger Kraftakt oder ein tarifpolitisches „stop and go“ angezeigt, sondern eine verlässliche Lohnmäßigung über mehrere Jahre hinweg.

*Fortschreitende
Kapital-
intensivierung*

Die – wenn auch vergleichsweise schwache – Zunahme des Realwertes des Verfügbaren Einkommens in den neunziger Jahren wurde wesentlich durch die zunächst rasch voranschreitende Kapitalintensivierung gestützt. So ist das Verhältnis des realen Kapitalstocks (in Preisen von 1995) zur Anzahl der Erwerbstä-

tigen in den Jahren 1992 und 1993 um durchschnittlich fast 5 % gestiegen. Es hat damit weit mehr zugenommen, als dies in den alten Bundesländern in den achtziger Jahren der Fall gewesen war. Diese auf den ersten Blick überraschend kräftige Zunahme in der Kapitalausstattung der Arbeitsplätze dürfte vor allem Ausdruck des raschen Neuaufbaus eines leistungsfähigen Kapitalstocks in den neuen Bundesländern gewesen sein, der freilich – im Gegensatz zu den achtziger Jahren in Westdeutschland – mit einem kräftigen Beschäftigungsabbau als Folge des Wechsels im wirtschaftlichen Ordnungsrahmen sowie hoher Lohnsteigerungen einherging. Nach Überwindung des zyklischen Tiefpunkts im Jahre 1993 blieb die Investitionstätigkeit in Deutschland jedoch auch nach neuer, erweiterter Rechnung ohne Schwung, und der anfängliche Schub in der Kapitalintensität flachte ab. Von 1993 bis 1998 sind die realen Bruttoanlageinvestitionen lediglich um insgesamt 4,1 % gestiegen; insbesondere die gewerbliche und die öffentliche Bautätigkeit waren rückläufig. Einen Lichtblick in der Investitionsrechnung stellen dagegen partiell die Ausrüstungen und in erster Linie die neue Kategorie sonstige Anlagen dar. Preisbereinigt haben diese Investitionsgüter 1998 ihren Tiefstand im Jahr 1993 um 17 % übertroffen. Stärkeren Einkommens- und Wohlstandssteigerungen blieben gleichwohl vor allem deshalb enge Grenzen gesetzt, weil die gesamtwirtschaftliche Kapitalintensität 1998 und wohl auch 1999 nur relativ wenig zugenom-

⁴ Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der Tarif- und Effektivverdienste seit Mitte der achtziger Jahre, Monatsbericht, August 1994, S. 29–45.

Weiter rück-
läufige Kapital-
produktivität

men hat, weit weniger jedenfalls als im Durchschnitt der achtziger Jahre.

Dieser Befund ist um so gravierender, als zugleich – soweit erkennbar – die Ergiebigkeit des Faktors Kapital gesamtwirtschaftlich betrachtet weiter zurückgegangen ist. So ist die rechnerische Kapitalproduktivität, gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Einheit des wiederum in realer Rechnung bilanzierten Bruttoanlagevermögens, von 1991 bis 1998 um knapp 9 % oder 1,3 % pro Jahr gesunken. Diese Entwicklung war freilich durch den rezessionsbedingten Einbruch im Jahr 1993 mitgeprägt. Damals hatte sich diese gesamtwirtschaftliche Kennziffer aufgrund der niedrigen Kapazitätsauslastung dem Niveau nach um nicht weniger als 4 % ermäßigt, ohne sich allerdings in den Jahren darauf wieder zu erholen. Im Gegenteil, die statistisch ausgewiesene Ergiebigkeit des Faktors Kapital hat bis zuletzt kontinuierlich weiter nachgelassen. Ein Grund dafür könnte sein, daß sich die Zusammensetzung der realen Bruttoanlageinvestitionen im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung deutlich verändert hat. Waren in Westdeutschland in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre gut 57 ½ % der realen Bruttoanlageinvestitionen auf Bauten entfallen, so stieg dieser Anteil in den Jahren 1991/98 in Deutschland auf durchschnittlich 61 %, was nicht zuletzt auf den hohen Nachholbedarf bei öffentlichen Investitionen für die Infrastruktur in Ostdeutschland zurückzuführen ist. Solche Investitionen sind zweifellos ein unverzichtbarer Bestandteil eines leistungsfähigen Kapitalstocks; in der traditionellen Wertschöpfungsrechnung wirkt eine Verschiebung von den Ausrüstungen hin zu

den Bauinvestitionen wegen der damit einhergehenden längeren Bindungsdauer der Projekte oder umgekehrt aufgrund einer geringeren Nutzungsabgabe je Zeiteinheit allerdings tendenziell dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Kapitalproduktivität.⁵⁾

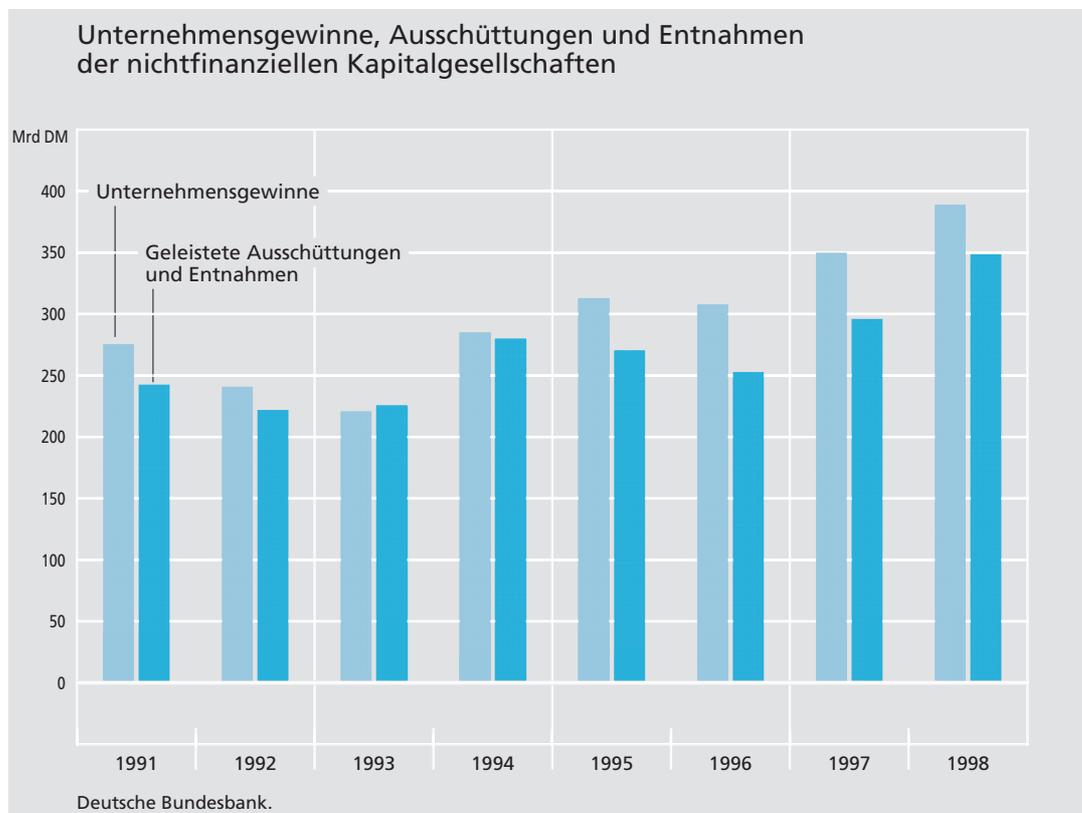
Primäreinkommen nach Sektoren

Gut die Hälfte des Nettonationaleinkommens in Deutschland wurde im Jahr 1998 in dem nach dem ESVG '95 enger abgegrenzten (nichtfinanziellen) Unternehmenssektor⁶⁾ erwirtschaftet. Nach Absetzung der zu leistenden Arbeitnehmerentgelte und sonstiger Nettoproduktionsabgaben verblieb diesem Unternehmenskreis im Jahr 1998 ein Betriebsüberschuß von 436 Mrd DM. Daraus ergaben sich unter Berücksichtigung des Saldos der geleisteten und empfangenen Vermögenseinkommen Unternehmensgewinne in Höhe von 389 Mrd DM. Gegenüber 1991 konnten die Kapitalgesellschaften (einschließlich der Quasi-Kapitalgesellschaften) ihren operativen Ertrag (vor Steuern) um insgesamt 41 % oder 5 % pro Jahr ausweiten. Dabei mußten sie allerdings im Rezessionsjahr 1993 eine deut-

Primär-
einkommen der
Unternehmen

⁵ Ganz abgesehen davon, daß es vielfach durch eine übermäßige steuerliche Förderung zu Leerständen bei Immobilien gekommen ist, was in die gleiche Richtung wirkt.

⁶ Dieser umfaßt die Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften ohne finanzielle Institutionen. Hierzu zählen Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Gesellschaften mit weitgehender Entscheidungsautonomie, wie etwa Offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften sowie abgeleitete Rechtsformen. Einzelunternehmer, Angehörige freier Berufe und sonstige selbständig tätige Personen werden hingegen sowohl in ihrer Eigenschaft als Investor als auch als Konsument dem Sektor private Haushalte zugeordnet. Die früher gesondert ausgewiesene Wohnungswirtschaft wurde auf die jeweiligen Sektoren aufgeteilt.



liche Kompression ihrer Erlös-Kosten-Relation hinnehmen. So unterschritten die nunmehr in den VGR ausgewiesenen Gewinne 1993 ihren Wert von 1991 um rund ein Fünftel. Bremsspuren in den Unternehmenserträgen hinterließ mit einem Jahr Verzögerung auch die konjunkturelle Abflachung im Jahr 1995.

Nur ein geringer Teil der Reinerlöse stand den Unternehmen zur Innenfinanzierung zur Verfügung. Im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 1998 beanspruchten nämlich die Ausschüttungen der Kapitalgesellschaften und die Entnahmen aus den Quasi-Kapitalgesellschaften neun Zehntel der Erträge. Dies erklärt das aus gesamtwirtschaftlicher Sicht relativ geringe Volumen von 40 Mrd DM, das im Jahr 1998 nach Maßgabe der sogenannten primären

Einkommensverteilung bei den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften verblieb.

Von den Primäreinkommen der Inländer floß der weit überwiegende Teil, nämlich nahezu neun Zehntel, dem konzeptionell erweiterten Sektor private Haushalte zu, der im ESVG '95 nunmehr auch die Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (wie etwa Freiberufler und Einzelunternehmer) umfaßt. Von 1991 bis 1998 erhöhten sich die Primäreinkommen der privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) um rund ein Viertel beziehungsweise um 3,3 % pro Jahr und damit in gleichem Ausmaß wie das Nettonationaleinkommen. Mit einer Zunahme von 4,7 % pro Jahr wiesen insbesondere die Selbständigeneinkommen (einschließlich der Betriebsüberschüsse), die

*Primäreinkommen
der privaten
Haushalte*

im Jahr 1998 gut ein Sechstel der Primäreinkommen ausmachten, eine überdurchschnittliche Entwicklung auf.⁷⁾ Im wesentlichen beruhte dies auf den kräftig gestiegenen Einkommen aus Wohnungsvermietung (einschließlich Eigennutzung). Aber auch die empfangenen Ausschüttungen und Entnahmen aus Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften trugen trotz der Einbrüche in den Jahren 1992 und 1996 überdurchschnittlich zur Zunahme der Vermögenseinkommen bei.⁸⁾

Arbeitnehmerentgelt

Die empfangenen Arbeitnehmerentgelte der privaten Haushalte, die in der neuen Abgrenzung neben den Bruttolöhnen und -gehältern auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber umfassen, blieben im hier betrachteten Zeitraum mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme von 2,8 % um einen halben Prozentpunkt pro Jahr hinter der Entwicklung der Primäreinkommen zurück. Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte an den Primäreinkommen war deshalb im Jahr 1998 mit 71% um 3¼ Prozentpunkte niedriger als sieben Jahre zuvor. Zurückzuführen ist die relativ verhaltene Ausweitung der Arbeitseinkommen in erster Linie auf die negative Arbeitsmarktbilanz der neunziger Jahre, die sich hier in einem Rückgang der Zahl der Arbeitnehmer um über zwei Millionen von 34,22 Millionen im Jahr 1991 auf 31,94 Millionen Personen im Jahr 1998 niederschlägt. Je Arbeitnehmer gerechnet, sind die Entgelte für geleistete Arbeit nämlich um 3,8 % pro Jahr und damit stärker als die Primäreinkommen gestiegen.

Nettoverdienste

Im Jahr 1998 verblieben den privaten Haushalten von den Arbeitnehmerentgelten nach

Abzug der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und der Lohnsteuer lediglich 51% zur weiteren Verwendung. Im Jahr 1991 machten die Nettoverdienste noch knapp 57 % der Bruttobezüge aus. Damit hat sich die Schere zwischen Arbeitnehmerentgelten sowie Nettolöhnen und -gehältern im Verlauf der neunziger Jahre weiter geöffnet. Zurückzuführen ist die gestiegene Abgabenbelastung sowohl auf die seit Anfang 1991 um fast sieben Prozentpunkte bis auf 42 % im Jahr 1998 angehobenen Beitragssätze zur Sozialversicherung als auch auf die erhöhten Lohnsteuerzahlungen (einschl. Solidaritätszuschlag), die trotz verschiedener Steuererleichterungen (wie etwa die Freistellung des Existenzminimums) aufgrund des progressiven Tarifs überproportional zugenommen haben.⁹⁾ Gleichwohl sind die Nettoverdienste in den Jahren 1992 und

7 Dabei muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß diese Größe mit erheblicher Unsicherheit verbunden ist, da sie nicht originär erhoben, sondern über feste Quoten aus der Wirtschaftsbereichs/Sektoren-Rechnung ermittelt wird. Vgl. hierzu: Statistisches Bundesamt, Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 4, 1999, S. 257–281.

8 Im Vergleich zu den bisherigen Gesamtrechnungen werden nunmehr auch die Entnahmen als Vermögenseinkommen gebucht.

9 Allerdings wird der Anstieg der Lohnsteuer in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch von zwei statistischen Sondereffekten beeinflusst. Erstens wird die Lohnsteuer rein rechnerisch durch den Wegfall des Kinderfreibetrages (bei gleichzeitiger Aufbesserung des Kindergeldes) aufgrund der im Rahmen des Jahressteuergesetzes 1996 vorgenommenen Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ab dem Jahr 1996 höher ausgewiesen. In die gleiche Richtung wirkt die ebenfalls im Jahr 1996 in Kraft getretene Änderung der Eigenheimförderung. Im Unterschied zu dem bis dahin gewährten Sonderausgabenabzug, der größtenteils die Lohnsteuer schmälerte, wird die bei Anträgen ab dem Jahr 1996 gezahlte Eigenheimzulage in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Vermögensübertragung verbucht. In der Übergangszeit bis 2004, in der beide Systeme nebeneinander laufen, kommt es daher zu Verschiebungen zwischen Lohnsteuer und Vermögensübertragungen.

1993 wegen der damals hohen Tarifabschlüsse in den alten Bundesländern und der forcierten Annäherung der ostdeutschen Tarifvergütungen an westdeutsche Standards kräftig gestiegen. In den darauf folgenden fünf Jahren haben sich die Nettoarbeitseinkommen aber im Ergebnis nicht weiter erhöht, so daß über den gesamten Betrachtungszeitraum lediglich ein durchschnittlicher Anstieg von 1,2 % pro Jahr verblieb.

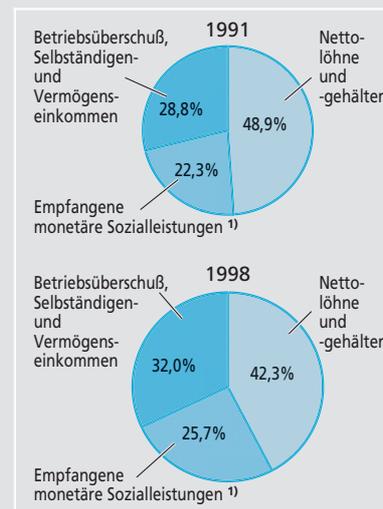
Transfer-
einkommen

Darüber hinaus flossen den privaten Haushalten im Jahr 1998 per saldo soziale Geldleistungen in Höhe von 620 Mrd DM zu. Gegenüber 1991 bedeutet dies eine Zunahme um 45 % beziehungsweise 5,5 % pro Jahr. Hierbei schlagen sich zum einen die in der Summe deutlich gestiegenen Rentenbezüge nieder, was sowohl mit der Zunahme der Zahl der Leistungsempfänger als auch mit der rasanten Aufbesserung des Rentenniveaus in den neuen Bundesländern in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung zusammenhängt. Außerdem vervierfachen sich von 1991 bis 1998 die empfangenen Geldleistungen aus der Arbeitslosenhilfe aufgrund der in diesem Zeitraum verschlechterten Arbeitsmarktsituation.

Verfügbares
Einkommen

Insgesamt betrug das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte unter Einschluß der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche im Jahr 1998 rund 2 420 Mrd DM. Damit erhöhte sich der zur Disposition stehende Einkommensrahmen seit 1991 insgesamt um 26 %. Pro Jahr wuchs er mit 3,4 % etwa ebenso stark wie die Primäreinkommen; für 1999 zeichnet sich allerdings nur eine Zunahme von knapp 2 % ab. Hinter der Ge-

Struktur des Verfügbaren Einkommens der Privaten Haushalte *)



* Einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.— ¹ Netto sowie nach Abzug des Saldos aus geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers.

Deutsche Bundesbank

samtentwicklung verbergen sich deutliche strukturelle Verschiebungen. So wurde ein immer geringerer Teil des Netto-Einkommens durch direkte Bezüge aus abhängiger Arbeit erzielt. Auf der anderen Seite erhielten die privaten Haushalte einen immer größer werdenden Anteil ihrer Budgets aus (monetären) Sozialleistungen. Auch das Gewicht der Selbständigeneinkommen nahm nach Abzug der darauf zu entrichtenden Steuern in den neunziger Jahren zu, wobei die steigende Zahl der Selbständigen mit eine Rolle spielte.

Ersparnis und Vermögensbildung

Das Verfügbare Einkommen aller inländischen Sektoren, das heißt unter zusätzlicher Berücksichtigung der finanziellen Kapitalgesellschaft-

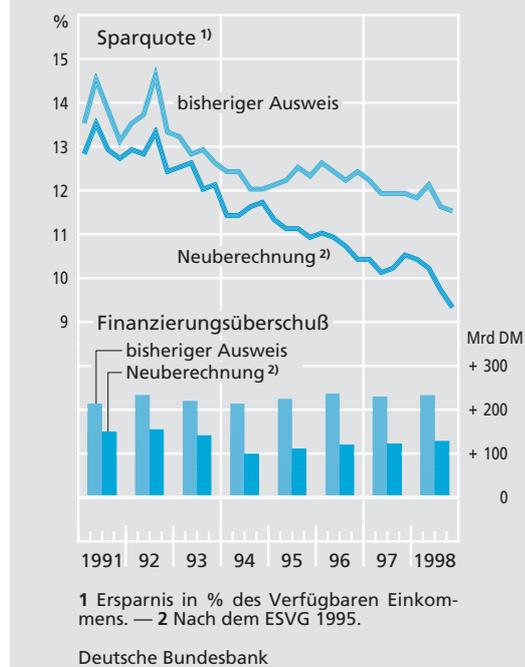
Gesamtwirtschaftliche Sparquote rückläufig

ten und des Staates, belief sich im Jahr 1998 auf 3 153 Mrd DM. Es überschritt damit seinen Stand des Jahres 1991 um insgesamt 26 %, was einer jahresdurchschnittlichen Zunahme um 3,4 % entspricht. Stärker als die gesamtwirtschaftlich verfügbaren Einkommen expandierten die inländischen Konsumausgaben, vor allem zu Zeiten des vereinigungsbedingten Booms, während sich mit der Abflachung des Einkommensanstiegs nach 1993 auch die Verbrauchsdynamik deutlich verlangsamte. Über den gesamten hier betrachteten Zeitraum hinweg erhöhten private Haushalte und Staat ihre Ausgaben für den Konsum um rund 30 % oder 3,8 % pro Jahr. Dementsprechend ging auch die gesamtwirtschaftliche Sparquote recht deutlich zurück. Binnen zweier Jahre (1991 bis 1993) sank sie abrupt von 11 % auf 8 ½ % und hielt sich anschließend nur knapp auf diesem Niveau. Auch dem absoluten Betrag nach blieb das gesamte Sparaufkommen 1998 mit knapp 260 Mrd DM unter dem Ergebnis zum Beginn der neunziger Jahre.

*Verminderte
Sparneigung
der Privaten*

Maßgeblich für den Rückgang war die schwächere Spartätigkeit privater Haushalte, von denen bisher überwiegend das heimische Sparangebot stammt. Das private Sparen erbrachte 1998 rund 240 Mrd DM. Dieser Betrag entsprach nurmehr 10 % des privaten verfügbaren Einkommens, verglichen mit einem Anteil von 13 % in 1991. Wenn seit Beginn der neunziger Jahre das bis dahin eher zyklische Verlaufsmuster der Sparquote einer anhaltenden Abwärtsbewegung gewichen ist, dann war dies zunächst Ausdruck einer Normalisierung des im Jahr 1990 im Gefolge der Steuerreform 1986/88/90 erreich-

Sparquote und Finanzierungsüberschuß Privater Haushalte



ten hohen Niveaus. Daran anschließend wirkten sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Einflüsse auf eine geringere Sparneigung hin.

Vor allem führten die Einkommenseinbußen infolge des kräftigen Beschäftigungsabbaus dazu, daß die Arbeitsentgelte als Ersparnisquelle innerhalb der privaten Einkommensbudgets kontinuierlich an Bedeutung verloren. Die Lohnersatzleistungen konnten hierzu naturgemäß kein hinreichendes Gegengewicht bieten. Ebenfalls von Nachteil war, daß durch den starken Zinsrückgang seit Herbst 1990 die Vermögenseinkommen erheblich an Schubkraft einbüßten. Sie wirkten deshalb auf dem Wege der Selbstalimentation nicht mehr im gleichen Maße ersparnisstützend wie zuvor. Statistisch den gleichen Effekt

*Bestimmungs-
gründe des
privaten
Sparens*

hatte die zunehmende Präferenz für Geldanlagen mit Wertzuwachspotential.¹⁰⁾ Die negativen Einflüsse aus den Arbeits- und Vermögenseinkommen wurden durch das vergleichsweise hohe Sparen aus den Einkommen der Selbständigen im ganzen immer weniger aufgefangen, zumal die Abgabenbelastung ebenfalls deutlich zunahm. Ein schärferer Zugriff des Fiskus bei den indirekten Steuern kam noch hinzu.

Ersparnismindernd wirkten neben dem schleppenden gesamtwirtschaftlichen Grundtempo, der nachlassenden Selbstalimentskraft und der höheren fiskalischen Belastung auf längere Sicht auch die Änderungen in der Haushaltsstruktur, durch die Haushalte mit geringerer Sparquote ein höheres Gewicht erhielten. Dazu gehören insbesondere Einpersonenhaushalte, deren Zahl in Deutschland schon seit längerem etwa doppelt so stark wie die aller Haushalte wächst. Darin äußern sich nicht nur die zunehmende Alterung der Bevölkerung, sondern vor allem auch die geänderten Lebensgewohnheiten in der Gesellschaft, die zusammen auf eine tendenziell höhere Konsumneigung hinauslaufen.

Neben dem rückläufigen Sparen privater Haushalte belasteten zeitweilig negative Abschlußergebnisse der Unternehmen¹¹⁾ sowie insbesondere der defizitäre Staatshaushalt das gesamtwirtschaftliche Sparaufkommen. So gerieten im Zuge der Rezession von 1993 viele westdeutsche Firmen, die sich einer verstärkten internationalen Konkurrenz gegenüber sahen, in die Verlustzone. Daneben standen die meisten ehemaligen volkseige-

nen Betriebe in den neuen Bundesländern in einem harten Existenzkampf. Mit dem Abklingen des Baubooms kam die langanhaltende und ausgeprägte Krise im Baugewerbe noch hinzu. Dies alles hatte zur Folge, daß die Betriebsüberschüsse vielfach nicht mehr ausreichten, um daraus den Kapitaldienst und die Aufwendungen für die Substanzerhaltung zu decken. Mit der allmählich einsetzenden konjunkturellen Erholung und den schrittweisen Restrukturierungserfolgen im Osten trat zwar eine spürbare Besserung der Geschäftsergebnisse ein, ohne daß man freilich im ganzen gesehen die Ertragskraft der Unternehmen als auf einem auskömmlichen Niveau nachhaltig gesichert betrachten könnte. Beim Staat wiederum, der die aus der deutschen Einigung erwachsenden Finanzlasten hauptsächlich geschultert hatte, kam es erst seit 1997 zu einer stärkeren Eingrenzung seiner Haushaltslücke, wobei seinerzeit der Zwang zur Erfüllung der fiskalischen Maastrichtkriterien einen zusätzlichen Druck erzeugte.

Das Bild von der Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Sparaufkommens und seiner Struktur bleibt im wesentlichen erhalten, wenn man das Geflecht der Vermögensübertragungen zwischen den einzelnen Sektoren mit in Betracht zieht. Der Staat befindet sich hierbei – aufgrund der zahlreichen Maßnahmen zur Wirtschafts- und Investitionsförderung – üblicherweise auf der Geberseite. Unternehmen und private Haushalte zählen

*Verfügbare
Anlagemittel*

*Sinkende
Ertragskraft der
Unternehmen*

¹⁰ Nach den üblichen methodischen Abgrenzungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen schlagen sich Bewertungsgewinne am Sach- oder Geldvermögen weder in den Einkommen noch im Sparen nieder.

¹¹ Nach dem ESVG '95 nicht-finanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. Im folgenden der Einfachheit halber Unternehmen genannt.

Gesamtwirtschaftliches Sparen, Vermögensbildung und Finanzierungssalden

Mrd DM

Position	1991	1992	1993	1994	1995	1996 p)	1997 p)	1998 p)
Sparen								
Private Haushalte	250,1	265,4	263,3	253,4	252,1	249,3	244,6	241,9
Nichtfinanzielle Unternehmen	- 7,0	- 18,4	- 38,5	- 22,0	25,1	33,0	24,9	4,4
Finanzinstitute	40,7	35,4	39,8	39,2	36,2	30,5	40,9	42,0
Staat	- 10,7	- 4,2	- 36,3	- 26,5	- 62,2	- 81,9	- 64,6	- 29,3
Insgesamt	273,0	278,2	228,3	244,1	251,1	230,9	245,7	258,9
Vermögensübertragungen (netto)								
Private Haushalte	10,1	12,5	11,9	7,4	11,6	14,6	19,1	25,8
Nichtfinanzielle Unternehmen 1)	36,2	28,9	29,3	22,1	258,4	19,9	19,6	23,1
Finanzinstitute	- 1,7	- 1,7	- 3,6	0,1	- 4,7	- 7,3	- 9,5	- 10,2
Staat 1)	- 49,0	- 41,4	- 39,4	- 32,1	- 269,3	- 30,4	- 29,0	- 37,3
Insgesamt	- 4,4	- 1,8	- 1,8	- 2,5	- 4,0	- 3,2	0,2	1,3
Sparen einschl. Vermögensübertragungen								
Private Haushalte	260,2	277,8	275,2	260,8	263,7	263,8	263,7	267,7
Nichtfinanzielle Unternehmen 1)	29,1	10,5	- 9,2	0,0	283,5	53,0	44,4	27,5
Finanzinstitute	39,0	33,7	36,2	39,3	31,4	23,2	31,5	31,8
Staat 1)	- 59,7	- 45,6	- 75,7	- 58,5	- 331,5	- 112,3	- 93,7	- 66,6
Insgesamt	268,6	276,4	226,5	241,7	247,1	227,7	245,9	260,2
Sachvermögensbildung 2)								
Private Haushalte 3)	110,7	123,3	133,5	159,4	152,7	143,1	140,8	138,4
Nichtfinanzielle Unternehmen darunter:	157,7	133,2	74,0	92,2	101,9	81,5	94,2	121,6
Anlagen	144,0	137,5	93,6	89,6	94,1	87,1	89,1	96,7
Finanzinstitute	8,1	11,0	10,1	8,1	9,3	7,7	7,8	7,4
Staat	25,8	33,0	27,8	25,0	13,6	8,9	2,8	- 2,1
Insgesamt	302,3	300,4	245,4	284,7	277,5	241,3	245,7	265,3
Finanzierungssalden								
Private Haushalte	149,5	154,5	141,7	101,4	111,1	120,7	122,9	129,3
Nichtfinanzielle Unternehmen 1)	- 128,5	- 122,6	- 83,2	- 92,2	181,5	- 28,6	- 49,8	- 94,1
Finanzinstitute	30,9	22,7	26,1	31,2	22,2	15,4	23,6	24,4
Staat 1)	- 85,6	- 78,6	- 103,4	- 83,5	- 345,1	- 121,2	- 96,5	- 64,5
Insgesamt 4)	- 33,7	- 24,0	- 18,8	- 43,1	- 30,4	- 13,6	0,2	- 5,0

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und eigene Schätzungen. — 1 Im Jahr 1991 einschl. einer Teilentschuldung der Deutschen Bundesbahn durch den Bund in Höhe von 12,6 Mrd DM sowie im Jahr 1995 einschl. der Übernahme der Treuhandschulden sowie eines Teils der Altverschuldung ostdeutscher Wohnungsunternehmen durch den Erblastentilgungsfonds in Höhe von rd. 205 Mrd

DM bzw. 30 Mrd DM. — 2 Nettoinvestitionen in Sachanlagen und Vorräte. — 3 Zum großen Teil Aufwendungen für neue Wohngebäude einschl. Bestandspflege und Erwerb von Altbauten; ohne anteilige Grundstückstransaktionen. — 4 Entspricht der Nettokreditgewährung an die übrige Welt.

Deutsche Bundesbank

demgegenüber zu den Empfängern.¹²⁾ Die verfügbaren Anlagemittel beider Sektoren (aus Ersparnissen und per saldo empfangenen Kapitaltransfers) werden dadurch zum Teil nicht unerheblich aufge bessert; bei den Unternehmen beliefen sich die zusätzlichen Finanzmittel im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 1998 auf rund ein Prozent aller verfügbaren Einkommen. Entsprechend vergrößerten die Investitionszuschüsse und übrigen Kapitalübertragungen das Defizit des Staates.

*Sachvermögens-
bildung ...*

Trotz des rückläufigen Ersparnisangebots herrschten in Deutschland seit Beginn der neunziger Jahre vergleichsweise günstige und entspannte finanzielle Rahmenbedingungen, die sich auch unter den verschiedenen heftigen Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten bewährten. Von besonderem Einfluß hierfür war, daß die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit, die im Gefolge der deutschen Einigung sprunghaft zugenommen hatte, bei geringer Grunddynamik allmählich in einen Gleichschritt mit dem gesamten inländischen Mittelangebot einschwenkte. Die gesamten Investitionen in Anlagen und Vorräte (nach Absetzung der Abschreibungen) wurden infolge der Rezession von 1993 kräftig zurückgefahren, ohne danach wieder Anschluß an ihr früheres Niveau zu finden. Sie lagen 1998 in der Nettobetrachtung mit nominal 265 Mrd DM immer noch gut ein Zehntel unter dem freilich recht guten Ergebnis von 1991. Gemessen an den verfügbaren Einkommen aller Sektoren hat sich dadurch die Quote der gesamtwirtschaftlichen Sachvermögensbildung seit der deutschen Einigung von gut 12 % auf 8 ½ % um fast ein Drittel vermindert.

Gestützt wurden die heimischen Investitionen zunehmend von den privaten Haushalten. Deren Investorenrolle, die sich neben den gewerblichen Investitionen der Selbständigen in erster Linie auf den Erwerb von Wohneigentum konzentriert, nunmehr Rechnung zu tragen, zählt mit zu den wichtigen Neuerungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Wohnraumverknappung aufgrund der erheblichen Zuwanderungen um die Wende der neunziger Jahre und der daraus folgende Mietpreisanstieg übten einen starken Anreiz auf die Wohnungsbauinvestitionen aus. Die nachhaltige Verbilligung der Hypothekenkonditionen und die vielfältigen staatlichen Fördermaßnahmen, die die Fremdfinanzierung begünstigten und dazu in beträchtlichem Umfang Kapital in die neuen Länder lenkten, haben diese Tendenz noch verstärkt. Der Höhepunkt des Wohnungsbaubooms wurde in Westdeutschland 1994 erreicht, im Osten zwei Jahre später. Danach dämpften Marktsättigungstendenzen hauptsächlich die Nachfrage nach Eigentumswohnungen als Kapitalanlage. Dagegen wirkte die Präferenz für selbstgenutztes Wohneigentum, vor allem in Westdeutschland, weiterhin stabilisierend. Einschließlich der Mittel der Selbständigen und Einzelkaufleute für neue Sachanlagen und Vorräte belief sich die private Sachvermögensbildung 1998 auf fast 140 Mrd DM. Das war zwar weniger als auf dem Höhepunkt des Wohnungsbaubooms, jedoch immer noch deutlich mehr als 1991. Damit haben die privaten Haushalte – bezogen auf die gesamten verfügbaren Einkommen und über den ganzen Zeitraum hinweg

*... der privaten
Haushalte ...*

¹² Investitionszuschüsse sowie Prämien und Zulagen im Rahmen der Förderung der privaten Vermögensbildung.

betrachtet – ihre Investitionsquote in Höhe von 4 ½ % zumindest gehalten und dadurch gesamtwirtschaftlich an Gewicht gewonnen.

... der Unternehmen ...

Konträr zu den privaten Haushalten verhielten sich im Akkumulationsprozeß die Wirtschaft und der Staat. Die nichtfinanziellen Unternehmen fuhren ihre Nettoinvestitionen in Sachanlagen und Vorräte im Zuge der allgemeinen Nachfrageabschwächung zu Beginn der neunziger Jahre um mehr als die Hälfte zurück, wobei sie die rezessiven Tendenzen ihrerseits noch verschärften. Eine solche Strategie verfolgten vor allem wohl westdeutsche Firmen, die im Zuge des Einigungsbooms mit neuen Ausrüstungen reichliche Kapazitäten geschaffen hatten, die sich unter den geänderten Marktbedingungen als überdimensioniert herausstellten. Die Zurückhaltung bei den Ausrüstungsinvestitionen prägte im wesentlichen auch die Folgejahre bis 1997, solange die Impulse von der Auslandsnachfrage ohne größere Rückwirkung auf die binnenwirtschaftliche Investitionskonjunktur blieben. Bei der Würdigung des unternehmerischen Investitionsverhaltens sollte man freilich nicht übersehen, daß die Innovationen auf dem Gebiet der Daten- und Kommunikationstechnik die Tendenz zur Miniaturisierung bei den Ausrüstungsgütern in den letzten Jahren nicht nur verstärkt, sondern vielfach auch zu Preisrückgängen geführt haben, so daß der Einsatz solchen Produktivkapitals einen geringeren finanziellen Aufwand als früher erforderte.

Im Gegensatz zu den Ausrüstungen stiegen mit der Umstrukturierung in den neuen Bundesländern die Aufwendungen für gewerb-

liche Bauten zunächst kontinuierlich an. Diese Tendenz kehrte sich erst 1996 – im Zusammenhang mit dem Auslaufen staatlicher Vergünstigungen und der Fertigstellung der ersten ostdeutschen Großprojekte – allmählich um. Zusammengenommen investierten die Unternehmen in ihre Sachvermögensbildung 1998 nominal rund 120 Mrd DM und damit fast ein Viertel weniger als im ersten Einigungsjahr. Gemessen an den Verfügbaren Einkommen aller Sektoren ergab dies eine Investitionsquote von knapp 4 %, verglichen mit einem Anteil von 6 ½ % zum Einigungsbeginn. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß damals ein vergleichsweise hohes Investitionsvolumen realisiert worden war. Man muß schon bis zu den frühen siebziger Jahren zurückgehen, um in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung eine derart hohe Investitionsquote westdeutscher Unternehmen anzutreffen.

Ähnlich wie die Unternehmen verhielt sich der Staat bei seinen Investitionsaktivitäten. Um die erforderliche Infrastruktur für den Aufbau Ost bereitzustellen, mußten zunächst die Investitionsanstrengungen verstärkt werden. Recht bald jedoch erzwang das „Diktat der leeren Kassen“ Ausgabenkürzungen, die vorzugsweise zuerst in den Investitionshaushalten erfolgten. Die Sachinvestitionen wurden dadurch schrittweise so stark eingeschränkt, daß sie 1998 sogar hinter dem kalkulatorischen Erhaltungsaufwand zurückblieben.

... sowie des Staates

Aus der Gegenüberstellung von Sparen (einschließlich Vermögensübertragungen) und Sachvermögensbildung läßt sich eine Vorstel-

Finanzierungssalden der Sektoren

Gesamtwirtschaftliches Sparen, Vermögensbildung und Finanzierungssalden

in % des Verfügbaren Einkommens aller Sektoren

Position	1991	1992	1993	1994	1995	1996 p)	1997 p)	1998 p)
Sparen								
Private Haushalte	10,0	9,9	9,6	8,9	8,5	8,3	8,0	7,7
Nichtfinanzielle Unternehmen	- 0,3	- 0,7	- 1,4	- 0,8	0,9	1,1	0,8	0,1
Finanzinstitute	1,6	1,3	1,5	1,4	1,2	1,0	1,3	1,3
Staat	- 0,4	- 0,2	- 1,3	- 0,9	- 2,1	- 2,7	- 2,1	- 0,9
Insgesamt	10,9	10,4	8,4	8,6	8,5	7,7	8,0	8,2
Sachvermögensbildung 1)								
Private Haushalte 2)	4,4	4,6	4,9	5,6	5,2	4,8	4,6	4,4
Nichtfinanzielle Unternehmen	6,3	5,0	2,7	3,2	3,5	2,7	3,1	3,9
darunter:								
Anlagen	5,8	5,1	3,4	3,2	3,2	2,9	2,9	3,1
Finanzinstitute	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2
Staat	1,0	1,2	1,0	0,9	0,5	0,3	0,1	- 0,1
Insgesamt	12,1	11,2	9,0	10,0	9,4	8,0	8,0	8,4
Finanzierungssalden								
Private Haushalte	6,0	5,7	5,2	3,6	3,8	4,0	4,0	4,1
Nichtfinanzielle Unternehmen 3)	- 5,1	- 4,6	- 3,0	- 3,2	6,2	- 1,0	- 1,6	- 3,0
Finanzinstitute	1,2	0,8	1,0	1,1	0,8	0,5	0,8	0,8
Staat 3)	- 3,4	- 2,9	- 3,8	- 2,9	- 11,7	- 4,0	- 3,1	- 2,0
Insgesamt 4)	- 1,3	- 0,9	- 0,7	- 1,5	- 1,0	- 0,5	0,0	- 0,2

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und eigene Schätzungen. — 1 Nettoinvestitionen in Sachanlagen und Vorräte. — 2 Zum großen Teil Aufwendungen für neue Wohngebäude einschl. Bestandspflege und Erwerb von Altbauten; ohne anteilige Grundstückstransaktionen. — 3 Im Jahr 1991 einschl. einer Teilentschuldung der Deutschen Bundesbahn durch den Bund in Höhe von 12,6 Mrd DM

sowie im Jahr 1995 einschl. der Übernahme der Treuhandschulden sowie eines Teils der Altverschuldung ostdeutscher Wohnungsunternehmen durch den Erblastentilgungsfonds in Höhe von rd. 205 Mrd DM bzw. 30 Mrd DM. — 4 Entspricht der Nettokreditgewährung an die übrige Welt.

Deutsche Bundesbank

lung davon gewinnen, welche Sektoren der Volkswirtschaft per saldo Finanzmittel zur Verfügung gestellt haben und welche zusätzliche Mittel zur Finanzierung ihrer Investitionen oder sonstiger Ausgaben benötigten. Die privaten Haushalte sind in dieser Betrachtung nach wie vor die Hauptanbieter von Ersparnissen. Sie hatten aber – wie die Ergebnisse der neuen Gesamtrechnungen zeigen – zur Finanzierung ihrer Sachinvestitionen selbst einen relativ hohen eigenen Mittelbedarf, durch den seit 1991 insgesamt gut die Hälfte der privaten Ersparnisse (und netto empfangenen Kapitaltransfers) absorbiert wurden. Für die übrigen Sektoren verblieben 1998 noch knapp 130 Mrd DM; der gesamtwirtschaftliche Finanzierungsbeitrag privater Haushalte hat damit seit 1991 deutlich abgenommen. Gemessen an den Verfügbaren Ein-

kommen aller Sektoren war er mit rund 4% nur noch zwei Drittel so hoch wie zum Einigungsbeginn.

Der rückläufige private Finanzierungsbeitrag wurde zum Teil dadurch aufgefangen, daß die Unternehmen durch ihr eher defensives und vorsichtiges Verhalten bei neuen Investitionen ihren Netto-Außenfinanzierungsbedarf in engen Grenzen hielten. Flankierend wirkten die allmählichen Bemühungen um Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, durch die – verglichen mit 1996 – die Defizitquote des Staates immerhin halbiert wurde. Dadurch konnte zwar im Gesamtzusammenhang betrachtet der Rückgriff auf das Auslandsvermögen beziehungsweise auf externe Finanzierungsquellen im Gefolge der deutschen Einigung reduziert werden. Dies ge-

schah jedoch primär zu Lasten der Investitionen und der durch sie zu schaffenden Arbeitsplätze, statt bei der konsumtiven Verwendung den Schwerpunkt zu setzen. Die Neuausrichtung der gesamtwirtschaftlichen

Verwendungsstrukturen bleibt deshalb eine Aufgabe für die Zukunft. Ebenso gilt es, die Ertragskraft der Unternehmen zu stärken, um auf diesem Wege Ersatz für den anhaltenden Rückgang des privaten Sparens zu schaffen.

